

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der AfD-Fraktion

hier: Sprengstofffunde beim Abriss des Brückenabschnittes A1 Nähe Volmarstein; vgl.
WP/WR 9. Kalenderwoche 2019

Sprengstofffunde an der A45 Brückenabriß Lennetal am 08.03.2019

Sprengstofffunde 16.02.2019 Brücke Brunsbecke

Beratungsfolge:

23.05.2019 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hagen bittet die Verwaltung, die zuständigen Ordnungsbehörden und den Kampfmittelbeseitigungsdienst beim RP über diese möglichen Gefahren zu informieren mit der Bitte, infrage kommende Gefahrenpunkte im Raum Hagen auf mögliche Sprengstofflagerungen der Vergangenheit zu überprüfen. Das Landesstraßenbauamt als Straßenbaulastträger sollte ebenfalls von diesem Verdacht informiert werden.

Kurzfassung
entfällt

Begründung
siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

AfD Alternative für Deutschland
Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Rathausstr. 11

58095 Hagen

Telefon: 02331-207 2129
Telefax: 02331-207 2713
E-Mail: fraktionsgeschaefsfuehrung@afdhagen.de

Aktenzeichen: 2019_05_13

Hagen, 13.05.2019

**Anfrage an die Verwaltung zur Ratsversammlung
am 23.05.2019 gemäß § 5 GeschO
Sprengstofffunde beim Abriss des Brückenabschnittes A1 Nähe Volmarstein
vgl. WP/WR 9. Kalenderwoche 2019
Sprengstofffunde an der A45 Brückenabriss Lennetal am 08.03.2019
Sprengstofffunde 16.02.2019 Brücke Brunsbecke**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

bei den o. g. Abriss- und Umbauarbeiten der Autobahnbrücken A1 (erbaut 1955-1960) und A45 (erbaut 1969-1974) sind lt. Presseinfo Sprengstoffe gefunden worden (an der A1 ca. 70 kg).

Bekannt ist, dass während der Hochphase des Kalten Krieges Autobahnbrückensäulen mit Sprengstoffladungen versehen wurden, um im Falle russischer Panzerangriffe die gegnerischen Vorstöße durch Brückensprengungen zu stoppen. Das Vorgehen stand unter höchster Geheimhaltung.

Diese Geheimpläne sind offensichtlich in Vergessenheit geraten.

Sollten diese Pläne stringent realisiert worden sein, sind weitere Kampfmittelfunde an Autobahnbrücken der 60er und 70er Jahre zu erwarten.

Diese in oder an Brückensäulen gelagerten Sprengstoffe stellen eine mögliche latente Gefahr für die Öffentlichkeit, insbesondere bei Brückenreparaturen dar.

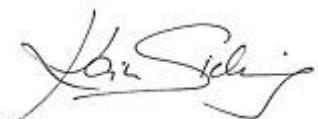
Antrag:

Es wird daher darum gebeten, die zuständigen Ordnungsbehörden und den Kampfmittelbeseitigungsdienst beim RP über diese möglichen Gefahren zu informieren mit der Bitte, infrage kommende Gefahrenpunkte im Raum Hagen auf mögliche Sprengstoffflagerungen der Vergangenheit zu überprüfen. Das Landesstraßenbauamt als Straßenbau-lastträger sollte ebenfalls von diesem Verdacht informiert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender



Karin Sieling
Fraktionsgeschäftsführerin

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

32 Fachbereich Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Bürgerdienste und
Personenstandswesen

Betreff: Drucksachennummer: 0536/2019
Sprengstofffunde beim Abriss des Brückenabschnittes A1 Nähe Volmarstein
Sprengstofffunde an der A45 Brückenabriss Lennetal am 08.03.2019
Sprengstofffunde 16.02.2019 Brücke Brunsbecke

Beratungsfolge:
23.05.2019 Rat der Stadt Hagen

In Bezug auf die vorgefundenen Sprengstoffe liegen hier keine Erkenntnisse vor, dass es sich hierbei um Kampfmittel handelte.

Vielmehr soll es sich um zivile Sprengstoffe gehandelt haben, welche im Zusammenhang mit den Brückenbauarbeiten zum Wegsprengen des vorhandenen Felsens verwendet wurden.

Für die Entschärfung bzw. Beseitigung solcher zivilen Sprengstoffe ist die Tatortgruppe Sprengstoff / Brand und Entschärfung des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen zuständig. Diese führte die Beseitigung auch im Falle der der Anfrage zugrunde liegenden Sachverhalte durch.

Eine diesseits gestellte, schriftliche Anfrage zu den Einzelheiten der Zufallsfunde wurde von dort bisher noch nicht beantwortet.

Darüber hinaus wird im Hinblick auf die Kampfmittelrecherche im Allgemeinen auf die Zuständigkeit des Kampfmittelbeseitigungsdienstes beim Regierungspräsidenten in Arnsberg verwiesen.

gez. Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

- Ja
 Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

32

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:
